
Gemäß Nummer 8.1 der Anlage ZustVO-Umwelt-Arbeits- schutz ist das GAA Oldenburg die zuständige Genehmigungs- behörde.

Das geplante Vorhaben wird hiermit gemäß § 10 Abs. 3 BImSchG öffentlich bekannt gemacht.

Der Behörde liegen als Bestandteil der Antragsunterlagen derzeit folgende entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen vor:
- Geruchsimmisionsprognose und Schornsteinhöhenberechnung,
- Schalltechnische Untersuchung zur Erweiterung,
- Schalltechnische Untersuchung zum Baulärm,
- Gutachten zur Anlagensicherheit,
- WRRL-Verträglichkeitsstudie zur Einleitung von Abwässern,
- Brandschutzgutachten,
- Fachgutachterliche Stellungnahme zur Eingriffsregulierung und zum besonderen Artenschutz,
- Stellungnahme des Landkreises Wesermarsch vom 2. 2. 2021,
- Stellungnahme der Stadt Brake vom 22. 2. 2021,

Im Rahmen dieses Genehmigungsverfahrens war gemäß § 9 Abs. 2 Nr. 2 UVPG i. V. m. mit Nummer 7.24.1 der Anlage 1 UVPG zu ermitteln, ob für das beantragte Vorhaben die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist. Die Prüfung hat ergeben, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben nicht erforderlich ist. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass diese Feststellung nicht selbständig angefochten werden kann.

Der Antrag auf Erteilung der Genehmigung und die Antragsunterlagen nach § 4 der 9. BImSchV liegen vom 29. 4. bis zum 28. 5. 2021 bei den folgenden Stellen zu den angegebenen Zeiten zur Einsichtnahme öffentlich aus:
- Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg, Theodor-Tantzen-Platz 8, 26122 Oldenburg (Oldenburg), Zimmer 425, während der Dienststunden,
  montags bis donnerstags in der Zeit von 7.30 bis 16.00 Uhr
  freitags in der Zeit von 7.30 bis 13.00 Uhr
  sowie
- Stadt Brake (Unterweser), Schrabberdeich 1, 26919 Brake/Unterweser, Bauamt, Zimmer 2.10, während der Dienststunden,
  montags und dienstags in der Zeit von 8.00 bis 12.00 Uhr und 14.00 bis 15.30 Uhr
  mittwochs in der Zeit von 8.00 bis 12.00 Uhr,
  donnerstags in der Zeit von 8.00 bis 12.00 Uhr und 14.00 bis 15.30 Uhr
  freitags in der Zeit von 8.00 bis 12.00 Uhr
  sowie nach telefonischer Vereinbarung unter der Tel. 04401 102-260.

Vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie ist eine Einsichtnahme in die Antragsunterlagen nur nach telefonischer Terminabsprache (0441) 799-2382 beim GAA Oldenburg und 04401 102-260 bei der Stadt Brake (Unterweser)) und unter Beachtung der geltenden Schutzmaßnahmen möglich.


Etwaige Einwendungen gegen das Vorhaben sind während der Einwendungsfrist, diese beginnt am 29. 4. 2021, und endet mit Ablauf des 28. 6. 2021, schriftlich oder elektronisch (entsprechend § 3 a Abs. 2 VwVfG) bei den genannten Auslie- gungsstellen geltend zu machen.

Mit Ablauf dieser Frist sind für das Genehmigungsverfahren alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besondere privatrechtlichen Titeln beruhen (§ 10 Abs. 3 Satz 5 BImSchG).

Gemäß § 12 Abs. 2 der 9. BImSchV sind die Einwendungen der Antragstellerin und, soweit sie deren Aufgabenbereich beherrschen, den nach § 11 der 9. BImSchV beteiligten Behörden bekannt zu geben. Es wird darauf hingewiesen, dass auf Verlangen der Einwenderin oder des Einwenders deren oder dessen Name und Anschrift vor der Bekanntgabe unkenntlich gemacht werden sollen, wenn diese zur ordnungsgemäßen Durchführung des Genehmigungsverfahrens nicht erforderlich sind.

Nach Ablauf der Einwendungsfrist entscheidet die Genehmigungsbehörde nach Ermessen, ob ein Erörterungstermin durchgeführt wird.

Findet der Erörterungstermin statt, werden die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen anlässlich dieses Termins am Mittwoch, dem 21. 7. 2021, ab 10.00 Uhr, im Ratssaal der Stadt Brake (Unterweser), Schrabberdeich 1, 26919 Brake/Unterweser, erörtert. Sollte die Erörterung am 21. 7. 2021 nicht abgeschlossen werden können, wird sie an den darauffolgenden Werktagen (ohne Samstag) zur gleichen Zeit am selben Ort fortgesetzt.

Kann der Erörterungstermin wegen der geltenden Beschränkungen aufgrund der COVID-19-Pandemie nicht durchgeführt werden, wird eine Online-Konsultation nach § 5 PlanStG durchgeführt.

Der Erörterungstermin dient dazu, die rechtzeitig erhobenen Einwendungen zu erörtern, soweit dies für die Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen nach dem BImSchG von Bedeutung sein kann. Er soll denjenigen, die Einwendungen erhoben haben, Gelegenheit geben, ihre Einwendungen zu erläutern. Die Einwendungen werden auch dann erörtert, wenn die Antragstellerin oder die Personen, die Einwendungen erhoben haben, zu diesem Erörterungstermin nicht erscheinen.

Einwendungen, die auf besondere privatrechtlichen Titeln beruhen, werden im Erörterungstermin nicht behandelt.

Findet ein Erörterungstermin nicht statt, so wird darüber gesondert informiert.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Entscheidung gemäß § 10 Abs. 7 und 8 BImSchG und § 5 a der 9. BImSchV öffentlich bekannt gemacht wird und die öffentliche Bekanntmachung die Zustellung der Entscheidung ersetzen kann.

— Nds. MBL Nr. 15/2021 S. 747

Berichtigung

B e r i c h t i g u n g

des Erl. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Digitalisierungsberatung für kleine und mittlere Unternehmen des Einzelhandels


— Nds. MBL Nr. 15/2021 S. 748